

Stellungnahme zur Lage der Menschenrechte in China

Eva Pils*

Wie ist die Lage der Menschenrechtsverteidiger*innen in Festlandchina und in Hong Kong, wie wirkt sich die Verfolgung der Menschenrechtsverteidiger*innen auf die Möglichkeiten der Menschenrechtsarbeit zu China national, regional und international, insbesondere in Regionen wie Xinjiang und Tibet aus und wie prägt diese Verfolgung und die Menschenrechtslage in China allgemein zivilgesellschaftliche und rechtliche Entwicklungen in China selbst? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Volksrepublik China (Festlandchina)

1. Die Verteidigung der Menschenrechte¹ gegen den Parteistaat der Volksrepublik China war immer schon schwierig und riskant, und die Lage der Menschenrechtsverteidiger in Festlandchina hat sich in Xi Jinpings sogenannter Neuer Ära stark verschlechtert. Um die jetzige Lage und den Trend der Entwicklung einzuschätzen, sollte man die Entwicklung der Menschenrechte und Menschenrechtsverteidiger seit Beginn der ‚Reform- und Öffnung‘ in Betracht ziehen.
2. Obwohl die Volksrepublik China in dieser Reformära, d.h. seit den 1980er Jahren, die Idee der Menschenrechte anerkannt und ‚Menschenrechte‘ auch in die Gesetze, insbesondere die Verfassung (seit 2004) und die Strafprozessordnung (seit 2013) hineingeschrieben hat,² ist die systematische Verletzung der Menschenrechte in vielen Bereichen ein integrales Element der parteistaatlichen Herrschaft. Während der Parteistaat für sich in Anspruch nimmt, sozioökonomische Rechte durch Verbesserung der Wirtschaftslage und Armutsbekämpfung geschützt zu haben, besteht ein grundsätzliches Spannungsverhältnis zwischen der Idee der Menschenrechte und dem politisch-rechtlichen System der VR China, das Gewaltenteilung strikt ablehnt und nur sehr begrenzten Individualrechtsschutz durch die Gerichte zulässt. Zivile und politische Rechte wie Meinungsfreiheit sind besonders schwer zu realisieren, und die Tatsache der Unterdrückung von Regierungskritik wirkt sich nachteilig auf die Verteidigung aller Menschenrechte aus, insbesondere sobald es um die Rechenschaftspflichten der staatlichen Gewalt geht.
3. Die unabhängige zivilgesellschaftliche Verteidigung der Menschenrechte durch Mitglieder der Zivilgesellschaft – Rechtsanwälte, Journalisten, NGOs, Akademiker,

* Professorin an der Rechtsfakultät des King’s College London und Affiliate Researcher am New York University U.S. Asia Law Institute.

¹ Cf. ‘Declaration on the Right and Responsibility of Individuals, Groups and Organs of Society to Promote and Protect Universally Recognized Human Rights and Fundamental Freedoms,’ adopted by the UN General Assembly on 8 March 1999, A/RES/53/144,

<https://www.ohchr.org/Documents/Issues/Defenders/Declaration/declaration.pdf>

² 中华人民共和国宪法 [PRC Constitution], passed on 4 December 1982, promulgated and effective as of 4 December 1982, last revised March 2018; PRC Criminal Procedure Law [中华人民共和国刑事诉讼法], passed on 1 July 1979, promulgated on 7 July 1979, effective as of 1 January 1980, last revised .

Petenten, usw. – ist aufgrund der normativen Spannungslage seit dem Beginn der Reformära prekär gewesen. Allerdings dominierte von ca. 1980 bis ca. 2010 ein rhetorisches Paradigma der allmählichen Öffnung und des Aufbaus (liberaler) Rechtsstaatlichkeit als Folge der Modernisierung die Diskussion über China. Aus der Sicht mancher Menschenrechtler stellte die graduelle, vom Parteistaat unterstützte Reform zum besseren Menschenrechtsschutz sogar eine mögliche Alternative zur gescheiterten Demokratiebewegung von 1989 dar.³

4. Inländische Menschenrechtler konnten sich in der Reformära in vieler Hinsicht entwickeln – zum Beispiel boten die (teilweise kommerzialisierten) öffentlichen Medien, die Rechtsanwaltschaft, akademische Lehre und Forschung Gelegenheiten der relativ unabhängigen Auseinandersetzung mit dem System und gelegentlichen Herausforderung des Systems zum Beispiel durch Klagen gegen den Staat, in der Strafverteidigung, im investigativen Journalismus, in der Lehre der Geistes- und Sozialwissenschaften, usw. Die in der Verfassung aufgelisteten Grundrechte und viele neue Gesetze seit den 1980ern dienten dabei als Grundlage; Juristen sprachen zum Beispiel von der ‚Belebung‘ der Verfassung durch Normenkontrolle. Insbesondere aufgrund des Internets wurde auch seit ca. 2000 eine viel stärkere Vernetzung verschiedener Menschenrechtsverteidiger und ihrer Initiativen und Projekte möglich. Manche Menschenrechtsverteidiger entwickelten auch Kontakte zu und Zusammenschlüsse mit den von ihnen verteidigten Opfern von Menschenrechtsverletzungen, mit denen sie sich zum Beispiel aufgrund gemeinsamer Erfahrungen der Verfolgung identifizierten.⁴
5. Die paradigmatische Annahme einer allmählichen Öffnung und Verbesserung der Menschenrechtssituation unter dem Einfluss der Modernisierungstheorie lag vielen transnationalen zivilgesellschaftlichen Programmen, bilateralen Menschenrechtsdialogen, etc. zugrunde. Sie rechtfertigte aus der Sicht vieler Teilnehmer die Berücksichtigung der ‚Sensibilitäten‘ des Parteistaates, zum Beispiel in der Auswahl von Themen für Rechtsstaatsförderungsprojekte und im Austausch mit Vertretern der Zivilgesellschaft, und führte im Umgang der transnationalen Zivilgesellschaft mit China in vielen Situationen zu einer Selbstzensur wider Willen – vielleicht mit Blick auf das Fernziel der allmählichen Öffnung, die langfristig den Austausch mit der gesamten Zivilgesellschaft und die Arbeit an allen Menschenrechtsproblemen möglich machen würde. Für ausländische Regierungen und NGOs ohne Vertretungen in Festlandchina war es leichter, sich mit den politisch besonders ‚sensiblen‘ Themen zu befassen.
6. Aus manchen Initiativen zur Menschenrechtsverteidigung heraus entwickelten sich vereinzelte politisch oppositionelle Gruppen und Initiativen, deren Träger das System des Einparteienstaates (kombiniert mit ‚Staatskapitalismus‘) als Haupthindernis für eine nachhaltige Verbesserung der Menschenrechtssituation ansahen. Ein Beispiel dafür ist der Werdegang Dr. Xu Zhiyong’s von einem für Verfassungsnormenkontrolle werbenden promovierten Juristen zum Mitbegründer der Menschenrechts-NGO

³ Eva Pils, *Human rights in China*, Polity, Cambridge, 2017, Kapitel 6.

⁴ *Ibid.*

Gongmeng (2004) und Mitbegründer der ‚Neuen Bürgerbewegung‘ 2012.⁵ Derartige Gruppen wurden stark verfolgt; die von ihnen geschaffenen Kontakte und Vernetzungen konnten allerdings durch die Verfolgung nicht völlig zerstört werden.

7. Jede Art von Menschenrechtsverteidigung, auch in ‚alltäglichen‘ Fällen, konnte und kann zur Verfolgung der Menschenrechtsverteidiger führen: also zum Beispiel der Einsatz für die Rechte der Arbeiter, das Recht gegen willkürliche Zwangsräumung bzw Enteignung, das Recht auf ein faires Strafverfahren, die Umweltgerechtigkeit usw. Menschenrechtsverteidiger, die sich politisch sensibler Tabuthemen wie z.B. Tibet, Xinjiang, Falun Gong und der Verfolgung nach dem Tiananmen-Massaker des 4. Juni 1989 annahmen, sowie politisch oppositionelle Menschenrechtsverteidiger waren allerdings besonders stark verfolgt, was ihre Arbeit und ihren Umgang mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen innerhalb Chinas und mit der transnationalen Zivilgesellschaft weiter erschwerte und sie von anderen Akteuren isolierte. Versuche seit 2009, die soeben erwähnte ‚Gongmeng‘ – Gruppe zu zerschlagen, waren zum Beispiel wahrscheinlich (teilweise) eine Folge von Gongmengs unabhängigen Bericht zu Tibet nach den dort 2008 ausgebrochenen Unruhen.⁶
8. Die Kontrolle von Menschenrechtsverteidigern beruht auf einem großen Arsenal von Instrumenten einschließlich Kooptationsversuchen (zum Beispiel aufgrund der Kontrolle, die die Regierung über Medien-, Anwalts- und akademische Arbeit hat) zur (digitalen und persönlichen) Überwachung, ‚Verreistwerden‘ und außergesetzlichem Hausarrest, Druck auf das soziale oder berufliche Umfeld und auf die Familie; Administrativhaft, Strafprozess und Gefängnisstrafen, Verschwindenlassen und Folter. Für die verfolgten Menschenrechtsverteidiger, mit denen ich seit ca. 2006 viele vertrauliche Gespräche geführt habe, sind Haft, Verschwindenlassen und Folter in diversen Haftsituationen besonders wichtige Kontrollinstrumente und traumatische Erfahrungen gewesen. Folter in solchen Fällen dient generell dem Zweck, den Willen der Opfer zu brechen und sie zu falschen ‚Geständnissen‘ politischen Fehlverhaltens sowie ‚Reueerklärungen‘ zu bewegen. Solche Methoden werden nicht nur gegenüber Menschenrechtsverteidigern eingesetzt, sondern zum Beispiel auch gegenüber Mitgliedern verfolgter Glaubensgruppen wie Falun Gong, bei denen es ebenfalls um die ‚Transformation‘ oder doch zumindest eine bürokratische Verzeichnung von ‚Bewusstseinswandel‘ geht – also gegenüber Personengruppen im Mandantenkreis der Menschenrechtsverteidiger; darüber hinaus betrifft das Problem der Folter den gesamten ‚regulären‘ Strafprozess. Die von Menschenrechtsverteidigern beschriebenen Praktiken gegenüber ihren Mandanten und ihnen selbst weisen Ähnlichkeiten mit den Praktiken in den Internierungslagern in Xinjiang auf, und ähnliche Praktiken sind auch gegenüber Parteimitgliedern in ‚Disziplinarverfahren‘ eingesetzt worden.⁷ (Das Recht der Reformära hat dem Gebrauch der Haft zwar Grenzen gesetzt und Folter

⁵ Eva Pils, ‘[From Independent Lawyer Groups to Civic Opposition: the Case of China's New Citizen Movement](#),’ *Asian-Pacific Law & Policy Journal*, volume 19 issue 1 (2017) 110-152.

⁶ Gongmeng Legal Research Centre (公盟法律研究中心), (藏区 3.14 事件社会、经济成因调查报告的副本) [Copy of the investigative report on the social and economic causes of the 14 March (2008) Incident in the Tibetan Regions], China Series Blog / Xilie. Zhongguo (系列. 中国) BLOG (June 11, 2009), http://www.tibet-chinaconference.org/content/pdf_chn/Think_Thank_Chinese.pdf

⁷ Hu Jia, <https://www.soundofhope.org/post/429589>

kriminalisiert, obwohl viele der relevanten Regeln nicht den Anforderungen der Konvention gegen die Folter, etc., entsprechen; die Polizei, die Staatssicherheit und ihre Handlanger werden aber nur selten für die Anwendung von Folter zur Rechenschaft gezogen.)

9. Während die Gesetzgebung der Reformära bis ca. 2010 hauptsächlich von Versuchen geprägt war, Missbräuche zu reduzieren oder eliminieren, hat der Parteistaat seit Beginn der Führungsrolle Xi Jinpings (der Ende 2012 Generalsekretär der Partei und Anfang 2013 Präsident der VRCh wurde) klare Bemühungen unternommen, gesetzliche Grundlagen für die Stärkung und den Ausbau eines ‚Maßnahmenstaates‘ (Fraenkel) zu schaffen, der es der Polizei und Staatssicherheit erlaubt, Zonen der ‚Außerrechtlichkeit‘ zu schaffen. Typische Beispiele dafür sind die Revision der StPO und die ‚Legalisierung‘ von *de facto* Isolationshaft in außerordentlichen Gefängnissen und das neue Überwachungsgesetz, das innerhalb seines Anwendungsbereiches effektiv die Unschuldsvermutung abschafft.⁸ Beide Regelungen signalisieren einen alarmierenden Abbau der Rechtsstaatlichkeit und des Menschenrechtsschutzes. Sie schaffen *de facto* Möglichkeiten der Inhaftierung ohne die durch Jahrzehnte der Rechtsreform mühsam errungenen prozeduralen Menschenrechtsschutz wie das Recht, keine Aussage zu machen, und das Recht auf anwaltlichen Beistand. Diese Rechte wurden auch vor diesen Änderungen systematisch verletzt, aber die Reformen haben solche Verletzungen weiter institutionalisiert und auf eine ‚Rechts‘-grundlage gestellt.
10. Diese gesetzlichen Reformen sind nur ein Teil eines viel weiter reichenden Wandels der Perspektive des Parteistaates auf die Rechtsordnung und auf die Rolle der Partei in der Rechtsordnung. Seit 2018 ist dieser Wandel durch eine Verfassungsänderung dokumentiert, aufgrund derer unter anderem die Führungsrolle der Partei in Artikel 1 der Verfassung (als neuer Satz drei) hineingeschrieben wurde.⁹ Damit einhergegangen ist eine dezidierte Abwendung von Menschenrechtsprinzipien, deren Verletzung in der ‚Neuen Ära‘ Xi Jinpings weniger verheimlicht wird als in der Reformära, und eine Hinwendung zu einem illiberalen und autoritären bzw. Verständnis des Rechts als der politischen Entscheidungsmacht der Partei untergeordnetes Herrschaftsinstrument. Diese Änderungen haben diverse intellektuelle Quellen, einschließlich zum Beispiel der ‚war on terror‘ Rhetorik seit 9/11 und der politisch-rechtlichen Theorien Carl Schmitts (1888-1985), der bekanntlich die nationalsozialistische Diktatur unterstützte.
11. Während die politische Ausrichtung der Reformära die rechtliche Definition und Begrenzung öffentlicher Macht – und in gewissen Grenzen auch die Kontrolle der Parteimacht durch das Recht -- begünstigte, hat die Parteiführung unter Xi Jinping sich

⁸ StPO (siehe oben); 中华人民共和国监察法[PRC Supervision Law], enacted 20 March 2018,

http://www.xinhuanet.com/politics/2018-03/26/c_1122591453.htm; Translation by China Law Translate at <https://www.chinalawtranslate.com/en/%e4%b8%ad%e5%8d%8e%e4%ba%ba%e6%b0%91%e5%85%b1%e5%92%8c%e5%9b%bd%e7%9b%91%e5%af%9f%e6%b3%95-%ef%bc%882018%e5%b9%b4%ef%bc%89/>

⁹ Article 1: *The People's Republic of China is a socialist State under the people's democratic dictatorship led by the working class and based on the alliance of workers and peasants. The socialist system is the basic system of the People's Republic of China. The defining feature of socialism with Chinese characteristics is the leadership of the Communist Party of China. Disruption of the socialist system by any organization or individual is prohibited.* The text of the Constitution is available at <https://npcobserver.files.wordpress.com/2018/12/PRC-Constitution-2018.pdf>.

einer Totalisierung der Kontrolle der Partei gewidmet. Das kommt zum Beispiel in der Formulierung ‚die Partei leitet/führt alles‘ in den revidierten Parteistatuten,¹⁰ der Erwähnung des ‚Gedankengutes Xi Jinpings zum Sozialismus chinesischer Prägung für das Neue Zeitalter‘ in der geänderten Verfassungspräambel,¹¹ sowie in Bezugnahmen auf ‚umfassende,‘ ‚konzentrierte‘ und ‚einheitliche‘ Führung durch die Parteizentrale‘ zum Ausdruck.¹² Allerdings sind dies zunächst einmal nur Ausdrücke der parteilichen Ambitionen; die politisch-rechtliche Realität ist, soweit erkennbar, komplex, und es gibt aller Wahrscheinlichkeit auch internen, zumindest passiven Widerstand innerhalb der Verwaltungsapparate des Parteistaates und Akteure, die Sympathien für die Menschenrechtsverteidigung haben.

12. Die Totalisierung der Kontrolle hat unter anderem auch zu Gesetzen zum Schutz der Staatssicherheit, zum Schutz der ‚Cyber-Sicherheit‘ und Schutz gegen Spionage und Terrorismus,¹³ sowie dem Gesetz zu ausländischen NGOs geführt, deren Ziel ist, die Aktivitäten der Zivilgesellschaft und insbesondere die Präsenz und Tätigkeit ausländischer Organisationen in Chinas der Überwachung durch den Parteistaat zu unterstellen.¹⁴ Allerdings machen derartige Regelwerke nur einen Teil der Kontrolle der Zivilgesellschaft sichtbar. Kontrolle und Unterdrückung erfolgen auch durch Entwicklungen von Technologien der Kontrolle sowie durch Verfolgungswellen, deren integraler Bestandteil die außerrechtliche bzw. widerrechtliche oder kriminelle politische Gewalt ist.

13. Ohne auf die Technologien der Kontrolle im Detail einzugehen, sollte doch erwähnt werden, dass sie neben der seit vielen Jahren praktizierten digitale Zensur von Inhalten der sozialen Medien und des Internets¹⁵ auch das digitalisierte, im Aufbau begriffene

¹⁰ Xue Wanbo (薛万博), ‚怎样认识“党是领导一切的”写入党章? [How to understand that ‘the Party leads everything’ has been written into the Party Constitution?],’ *CPC News*, 25 January 2018, <http://cpc.people.com.cn/n1/2018/0125/c123889-29787340.html>.

¹¹ 习近平谈新时代坚持和发展中国特色社会主义的基本方略 [Xi Jinping discusses the principles of the strategy of adhering to and developing socialism with Chinese characteristics in the new era],’ *Xinhua News*, 18 October 2017, http://www.xinhuanet.com/politics/19cpcnc/2017-10/18/c_1121820368.htm. See also BBC Monitoring, ‚His own words: The 14 principles of “Xi Jinping Thought,”’ 18 October 2017, <https://monitoring.bbc.co.uk/product/c1dmwn4r>.

¹² Xi Jinping (习近平), ‚加强党对全面依法治国的领导 [Strengthening the Party’s leadership of comprehensive rule of the country in accordance with law],’ *Qiushi Magazine*, 15 February 2019, http://www.qstheory.cn/dukan/qs/2019-02/15/c_1124114454.htm; ‚中共中央政治局召开会议 习近平主持 [CCP Central Polit-Bureau holds meeting presided over by Xi Jinping],’ *Fenghuang* website, 25 January 2019, <https://news.ifeng.com/c/7jkv91YBk3c>; 中国共产党政法工作条例 [Regulation on the Communist Party of China’s Political-Legal Work] issued by the CCP Central Committee, 18 January 2019, http://www.gov.cn/zhengce/2019-01/18/content_5359135.htm.

¹³ Eine gute Übersicht mit links zu Übersetzungen bietet Jeremy Daum, ‚Sorting the security laws,‘ *China Law Translate*, 15 September 2002, <https://www.chinalawtranslate.com/en/sorting-the-security-laws/>.

¹⁴ Die Website (<https://www.chinafile.com/ngo>) ist der Erfassung der Entwicklung der lokalen und transnationalen Zivilgesellschaft in China gewidmet. Siehe auch Bertram Lang, ‚A better China strategy for international civil society,‘ 29 January 2020, <https://www.chinafile.com/ngo/analysis/better-china-strategy-international-civil-society>.

¹⁵ Siehe z.B. Raymond Zhong, ‚How China Walled off the Internet,‘ *New York Times*, 18 November 2018, <https://www.nytimes.com/interactive/2018/11/18/world/asia/china-internet.html>; Xiao Qiang, ‚The Road to Digital Unfreedom: President Xi’s Surveillance State,‘ *Journal of Democracy*, January 2019, <https://www.journalofdemocracy.org/articles/the-road-to-digital-unfreedom-president-xis-surveillance-state/>.

Soziale Bonitätssystem (*social credit system*) einschliessen.¹⁶ Besonders das Bonitätssystem kann aus meiner Sicht als eine Weiterentwicklung, Institutionalisierung und systematische Ausweitung von Kontrollmechanismen verstanden werden, die gegenüber Menschenrechtsverteidigern und anderen unliebsamen ‚destabilisierenden‘ Elementen in der Bevölkerung schon seit vielen Jahren verwendet worden sind.¹⁷

14. Seit dem Amtsantritt Xi Jinpings ist es zu sukzessive verschiedene Gruppen der Zivilgesellschaft betreffenden Verfolgungswellen gekommen, einschließlich der Medien (zum Beispiel: Journalistin Gao Yu); der Akademiker (zum Beispiel: Professor Ilham Tohti, der 2013 verhaftet wurde und eine lebenslängliche Gefängnisstrafe absitzt; Professor Xu Zhangrun (许章润), dem aufgrund seiner öffentlichen Regierungskritik die Lehrbefugnis entzogen wurde und gegen den im Sommer 2020 ein Strafverfahren eingeleitet wurde); der Menschenrechtsanwälte (siehe unten); der Bewegung für die Rechte der Frauen und LGBTQI-Rechte; Verteidiger der Umweltgerechtigkeit und Verteidiger der Rechte der Arbeiter. Diese Verfolgungswellen waren den Maßnahmen in Xinjiang und der Zuspitzung der Entwicklung in Hongkong, die heute zurecht unsere hauptsächliche Aufmerksamkeit beanspruchen, weitgehend vorgelagert und beinhalteten neben politischer Gewalt gegen die unmittelbaren Opfer auch erhebliche Propaganda-Anstrengungen. Sie minderten die Fähigkeit der Zivilgesellschaft, auf die späteren Entwicklungen zu reagieren, erheblich. Während zum Beispiel die NGO Gongmeng in 2009 noch in der Lage gewesen war, einen Bericht zu Tibet zu erstellen, der sich mit den Ursachen der Unruhen von 2008 befasste, war der Gongmeng Mitbegründer Dr Xu Zhiyong (许志永) zwischen 2013 und 2017 inhaftiert und ist er seit Februar 2020 wieder in (Untersuchungs-)Haft,¹⁸ während sein Kollege Dr Teng Biao 滕彪 seit 2014 im *de facto* Exil lebt. Versuche, Austausch und Kooperation zwischen Menschenrechtsverteidigern wie Dr Teng und den Fürsprechern / Vertretern ethnoreligiöser Minderheiten wie Professor Tohti zustande zu bringen, wurden durch die Verhaftung bzw Vertreibung dieser Schlüsselpersonen unmöglich gemacht.
15. Die Verfolgungswelle gegen die Menschenrechtsanwälte, die im Juli 2015 begann und zeitweise 300 Anwälte und deren Mitarbeiter betraf, dauert weiterhin an und hat besonders tiefgreifende Auswirkungen auf das Rechtssystem. Im Gegensatz zu früherer Verfolgung versuchte der Parteistaat aktiv und mit verschiedenen Propagandamitteln, die Anwälte als Staatsfeinde anzuprangern und sie durch verschiedene Foltermethoden sowie durch Zwangsmedikamentierung‘ (die mir gegenüber von manchen der Opfern

¹⁶ Siehe z.B. Yongxi Chen & Anne S.Y. Cheung, *The Transparent Self Under Big Data Profiling: Privacy and Chinese Legislation on the Social Credit System*, 12 *Journal of Comparative Law of the University of Hong Kong*, 356 (2017); Rogier Creemers, ‘China’s Social Credit System: An Evolving Practice of Control’, 2018, <file:///C:/Users/tw770/Downloads/SSRN-id3175792.pdf>; Chen, Yu-Jie and Lin, Ching-Fu and Liu, Han-Wei, ‘“Rule of Trust”: The Power and Perils of China’s Social Credit Megaproject,’ *Columbia Journal of Asian Law*, 32 (2018) 1-36, <https://ssrn.com/abstract=3294776>.

¹⁷ Eva Pils, *Human rights lawyers in China: advocacy and resistance*, Routledge, Abingdon, 2014, chapter 6.

¹⁸ CHR, ‘National Security Crime “Inciting Subversion” Used in Multiple Cases Against Chinese Lawyers/Activists,’ 25 June 2020, <https://www.nchr.org/2020/06/national-security-crime-inciting-subversion-used-in-multiple-cases-against-chinese-lawyers-activists/>.

beschrieben worden sind) zur Mitwirkung an ‚Medienauftritten‘ einschließlich sorgfältig einstudierter und inszenierter, teilweise im Fernsehen übertragener ‚Gerichtsverhandlungen‘ zu motivieren.¹⁹

16. Die seit ca. 2016 stattgefunden dramatische Verschlechterung der Menschenrechtslage in der Uighurischen Autonomen Region Xinjiang trägt – als derzeit gravierendste systematische Verletzung von Menschenrechten in China – auch zu diesem sehr besorgniserregenden Gesamtbild bei; sie hat Auswirkungen auf die Gesamtsituation der Menschenrechte und Menschenrechtsverteidiger. Wie ohne Zweifel von anderen Teilnehmern dieser Anhörung im Detail ausgeführt werden wird, umfassen die Praktiken in Xinjiang nicht nur die Massen-Internierungslager, in denen Berichten zufolge Folter, Zwangs – ‚medikamentierung‘ und Zwangsarbeit stattfinden, sondern auch Massen-Überwachung (on und offline) und Kontrolle - einschließlich Gesichtserkennungstechnologie -- ; die erzwungene Einquartierung von Han-chinesischen Beamten in „Gastfamilien“ zum Zweck der Überwachung, Zwangssterilisationen, die dauerhafte Trennung von Kindern von ihren Familien, die Zerstörung und teilweise ‚Disneyfizierung‘ kultureller und religiöser Stätten, sowie die totale Unterdrückung innerstaatlicher Kritik und Menschenrechtsarbeit an diesen schweren Verstößen / Verbrechen und eine diese Unterdrückung begleitende Desinformationskampagne der staatlichen Medien. Diese Praktiken beinhalten nicht nur – insbesondere im Rahmen der Internierungslager -- Verstöße gegen das chinesische (Straf-)recht. Sie müssen auch als Verletzungen diverser völkerrechtlich geschützter Menschenrechte gewertet werden – u.a. die Rechte auf Leben, Freiheit und Integrität der Person; das Recht, nicht gefoltert zu werden; reproduktive Selbstbestimmung; Meinungs- und Religions- oder Glaubensfreiheit; Antidiskriminierungsrechte (siehe UDHR, UNCAT, CRC, CERD und andere Instrumente geschützt einschließlich ICCPR die die VRCh unterzeichnet, ratifiziert hat); das Recht gegen die Versklavung und Zwangsarbeit, auch in transnationalen Lieferketten (siehe Sklaverei-Konvention und Normen des Völkergewohnheitsrechts). Darüber hinaus gibt es sich verdichtende Beweise für Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Völkermordkonvention, Rom-Statut, *ius cogens* des Völkerrechts). Ob zusätzlich die uns vorhandenen Erkenntnisse den Schluss zulassen, dass in Xinjiang bereits ein Völkermord stattfindet, scheint wegen der hohen Anforderungen der entsprechenden völkerstrafrechtlichen Rechtsregeln bezüglich der Absicht auf Genozid (angesichts der mir zugänglichen Tatsachen) derzeit noch zweifelhaft, aber die Sorge einer weiteren Entwicklung hin zum Völkermord im strikten Sinne des Völkerstrafrechts besteht.
17. Die Wendung gegen die Rechtsstaatlichkeit, die teilweise brutale Verfolgung der chinesischen Zivilgesellschaft und der Menschenrechtsverteidiger, und die Unterdrückung der transnationalen Zivilgesellschaft haben Aktionen gegen Menschenrechtsverletzungen jeder Art erschwert. Dies hat auch zur Folge gehabt, dass es für chinesische Menschenrechtsverteidiger ganz besonders schwierig und gefährlich

¹⁹ Fu Hualing (2018): ‘The July 9th (709) Crackdown on Human Rights Lawyers: Legal Advocacy in Authoritarian State,’ *Journal of Contemporary China*; Eva Pils Eva Pils, ‘[China's turn to public repression](#): the case of the 709 Crackdown on human rights lawyers,’ *China Law and Society Review* 3 (2018) 1-47.

ist, sich mit den mutmaßlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Xinjiang zu befassen. Einer der wenigen Menschenrechtsverteidiger, die sich vom Festland aus öffentlich zu dieser Situation geäußert haben, ist der Dissident Hu Jia (胡佳), der seit vielen Jahren unter striktester Überwachung, hauptsächlich in Beijing, lebt -- und jeder Chance auf ein normales Leben beraubt -- auch wenige Gelegenheiten hat, sich am Leben der inländischen Zivilgesellschaft zu beteiligen.²⁰ Darüber hinaus entnehme ich vertraulichen Gesprächen mit Anwälten und liberal-demokratisch gesinnten Akademikern (zuletzt im Sommer 2019) und gelegentlichen Kommentaren in den sozialen Medien, dass einige Menschenrechtsverteidiger über die Lage in Xinjiang, insbesondere die ‚Konzentrationslager in Xinjiang‘ sehr besorgt sind, sich aber völlig machtlos fühlen, etwas zu unternehmen – nicht zuletzt wegen der sehr intensiven Überwachung insbesondere von als ‚politisch sensibel‘ angesehenen Personen in Xinjiang. Im Gespräch mit einem im Exil befindlichen Menschenrechtsverteidiger im November 2020 schlug dieser auch vor, dass weitere Ursachen der Zurückhaltung die Wirksamkeit nationalistischer und rassistischer Propaganda sein könnte; ein Faktor, den auch Hu Jia in seinen Kommentaren benannt hat.²¹ Es ist angesichts der extremen Repressionen nicht leicht, sich über den letzten Stand der Dinge nur aufgrund der sozialen Medien ein genaues Bild zu machen.

18. Die extreme Unterdrückung und die kommunikative Isolation der Menschenrechtsverteidiger scheint auch zu wachsenden Spannungen und Spaltungen unter ihnen geführt zu haben. Dabei fielen in den letzten Monaten zum Beispiel die starken und -- aus der Perspektive der Menschenrechte -- schwer erklärlichen Sympathien mancher Mitglieder dieser Gruppen sowie auch mancher als liberal geltender Intellektueller für US-Präsident Trump, dessen Äußerungen zu China teilweise als ‚starke‘ Positionierung gegen den chinesischen Parteistaat angesehen wurden.²² Andere Menschenrechtsverteidiger in Festlandchina bemühen sich um eine ausgewogene Analyse der Ursachen seiner Wahniederlage²³ bzw. lehnen Trump unter Hinweis auf seine menschenrechtsfeindlichen bzw. -verletzenden und anti-demokratischen Äußerungen und Maßnahmen kategorisch ab.²⁴ Teilweise lassen sich diese Debatten und Spaltungen auf abstraktere Meinungsverschiedenheiten z.B. über das Verhältnis zwischen Freiheits- und Gleichheitsrechten und Unterschiede der politischen Überzeugungen unter diesen Gruppen (die nach UN-Definition

²⁰ Hu Jia machte zum Beispiel im November 2018 sehr kritische Kommentare gegenüber Voice of America, <https://www.voachinese.com/a/voaweishi-20181128-voaio-xinjiang/4678016.html>. Hu Jia äußerte sich auch kritisch über den Verbund der Länder, der in Reaktion auf Kritik von 26 UNMS in einem Brief China für seine XUAR-Politik pries. Siehe <https://www.soundofhope.org/post/429589>

²¹ *Ibid.*

²² Lin, Yao, ‚Beaconism and the Trumpian Metamorphosis of Chinese Liberal Intellectuals,‘ (January 28, 2020). Journal of Contemporary China (2020), DOI: 10.1080/10670564.2020.1766911, Available at SSRN: <https://ssrn.com/abstract=3538736>.

²³ Guo Feixiong (郭飞雄), ‚特朗普的“应急不正确”、“政治不正确”与“路线正确” [Trump’s mishandling of the [pandemic] emergency, political incorrectness, and hard-line politics],‘ 10 November 2020, <https://xzmz.org/2020/11/10/%e9%83%ad%e9%a3%9e%e9%9b%84%ef%bc%9a%e7%89%b9%e6%9c%97%e6%99%ae%e7%9a%84%e5%ba%94%e6%80%a5%e4%b8%8d%e6%ad%a3%e7%a1%ae%e3%80%81%e6%94%bf%e6%b2%bb%e4%b8%8d%e6%ad%a3%e7%a1%ae/>

²⁴ Dazu gehören zum Beispiel die Anwälte Liang Xiaojun (梁小军 <https://twitter.com/liangxiaojun>) und Tang Jitian 唐吉田 und die Akademiker Xu Zhangrun 许章润 und Zhang Qianfan 张千帆 sowie im Ausland Teng Biao.

wahrscheinlich weiterhin ‚Menschenrechtsverteidiger‘ sind)²⁵ zurückführen. Es überrascht wohl kaum, dass Trumps Republikanische Partei in Festlandchina gerade auch (aber keineswegs ausschliesslich) unter den um die Rechte gegen Diskriminierung bemühten Menschenrechtsverteidigern dezidierte Gegner hat. Hauptsächlich ist diese Meinungslage durch die intensive Verfolgung, den intensiven, manchmal verzweifelten Wunsch nach moralischer Unterstützung durch das Ausland, und die zu ‚echo chambers‘ führenden Kommunikations- und Informationssperren zu erklären. Diese Diskussionen belegen das große Interesse der Menschenrechtsverteidiger an im eigenen Land noch nicht vorhandenen demokratischen Prozessen und illustrieren meiner Ansicht nach auch, wie wichtig es für die internationale Gemeinschaft ist, mit den Menschenrechtsverteidigern in China soweit wie möglich im Gespräch zu bleiben.

19. Diese Entwicklungen haben sich auch über die Diskussionen unter Menschenrechtsverteidigern hinaus weiterreichend auf den inländischen Menschenrechtsdiskurs ausgewirkt. Obwohl vom Parteistaat kontrollierte propagandistische Organisationen wie die ‚China Society for Human Rights Studies‘ weiterbestehen,²⁶ sind zum Beispiel viele ursprünglich offiziell geduldete beziehungsweise unterstützte ‚Menschenrechtskliniken‘ an den Rechtsfakultäten des Landes den neuen Kontrollen zum Opfer gefallen und können Menschenrechtsverletzungen wegen der Attacken auf investigative Journalisten und auf die Rechtsanwaltschaft weniger gut bekämpft werden. Dies resultiert nicht nur in der Schwächung des unabhängigen Menschenrechtsdiskurses, sondern auch in effektiverer Unterdrückung von Informationen über die Verfolgung und Unterdrückung. Als ich zum Beispiel im Sommer 2019 einen dem Parteistaat nahestehenden Hochschullehrer an einer der renommiertesten Universitäten des Landes auf Xinjiang und auf die Verfolgung der Menschenrechtsanwälte ansprach, sagte mir diese Person, sie habe bezüglich der Anwälte nichts von Verfolgung gehört und fände es doch löblich, dass der Staat die Minderheiten in Xinjiang mit Berufs- und Sprachausbildungsprogramme unterstütze.²⁷ Solche ‚anekdotischen‘ Beobachtungen weisen darauf hin, dass der Parteistaat sein Ziel der Lenkung des Menschenrechtsdiskurses und Gleichschaltung der Zivilgesellschaft in manchen Fällen erreicht.

²⁵ ‘Human rights defenders are all persons, who individually or in association with others, act to promote or protect human rights peacefully.’ UNSR on the Situation of Human Rights Defenders, <https://www.ohchr.org/en/issues/srhrdefenders/pages/srhrdefendersindex.aspx#:~:text=Current%20mandate%20holder,Defenders%20since%201%20May%202020>. Das OHCHR Factsheet besagt, ‘[C]ommon to most defenders are a commitment to helping others, a commitment to international human rights standards, a belief in equality and in non-discrimination, determination and, in many instances, tremendous courage.’ <https://www.ohchr.org/Documents/Publications/FactSheet29en.pdf>. In diesem Zusammenhang ist Teng Biaos Beobachtung wichtig, dass das BLM in den USA eine sehr hitzige Debatte in den chinesischen sozialen Medien ausgelöst habe und dass ‘viele berühmte Intellektuelle’ in diesem Zusammenhang ‘rassistische Bemerkungen’ gemacht hätten.滕彪 (Teng Biao), ‘“贵”与“跪”——被误读的 Black Lives Matter 运动及文化革命 [Misreading the Black Lives Matter Movement and the Cultural Revolution],’ 13 July 2020, [link](#);

²⁶ Die Internetseite dieser Gesellschaft ist <http://www.chinahumanrights.org/html/CSHRS/>.

²⁷ Siehe z.B. zu derartiger Propaganda die Information zu einem englischsprachigen Webinar: CSHRS, ‘China holds webinar on Xinjiang’s population and human rights to rebut smears,’ 15 October 2020, http://www.chinahumanrights.org/html/2020/TRENDS_1015/15683.html.

20. All dies hat keinesfalls zur völligen Eliminierung der MRV und oppositionellen Personen und Gruppen innerhalb Chinas geführt. Selbst in der schlimmen Verfolgungswelle von 2015 fanden sich zum Beispiel noch zahlreiche Anwälte, die ihre Kollegen mutig verteidigten, wie zum Beispiel der Anwalt Yu Wensheng (余文生), der die Strafverteidigung einer verfolgten Kollegin (王宇) übernahm und 2018 öffentlich gegen die Verfassungsänderung protestierte,²⁸ und die Anwältin Li Yuhan (李昱函), die ebenfalls an der Strafverteidigung ihrer Kollegin Wang Yu mitwirkte; beide Anwälte befinden sich inzwischen ebenfalls in Haft.²⁹ Eine ‚Chinas Menschenrechtsanwaltsverein‘ (中国人权律师) genannte Gruppe besteht weiterhin fort und setzt sich u.A. für die Rechte der verfolgten Menschenrechtsanwälte ein.³⁰ Es gab auch diverse Kritiker am Umgang mit der Covid-Krise, einschließlich Dr Zu Zhiyongs, der, wie erwähnt, 2017 aus der Haft entlassen worden war und nach kritischen Kommentaren an China’s Covid-Maßnahmen und der öffentlichen Aufforderung an Präsident Xi, deswegen zurückzutreten, verschwunden wurde und inzwischen einen neuen Strafprozess durchläuft.³¹ Obwohl viele andere Kritiker der Covid-Politik der chinesischen Regierung ebenfalls diversen, von der NGO China Human Rights Defenders dokumentierten Unterdrückungsmaßnahmen zum Opfer gefallen sind,³² bricht diese durch soziale Medien fortgeführte Kritik auch nicht völlig ab.
21. Es ist nicht möglich, die vielen derzeit in Haft befindlichen bzw verschwundenen Menschenrechtsverteidiger einzeln zu benennen, da diese Liste viel zu lang wäre und da selbst in den ‚besten‘ Jahren der Reformära viele Fälle kaum bekannt wurden. Unter den Menschenrechtsverteidigern, auf die immer wieder aufmerksam gemacht wird, sind zusätzlich zu den schon genannten: andere mittelbare Opfer der ‚9. Juli‘-Verfolgungswelle gegen die Anwälte, einschließlich der bereits aus der Haft entlassenen, aber unter strikter Überwachung befindlichen Opfer, wie zum Beispiel Anwalt Jiang Tianyong (江天勇), dem Zugang zu angemessener medizinischer Betreuung sowie die Freiheit, in seinem unter strikter Bewachung stehenden Heim Besucher zu empfangen, verweigert wird,³³ und der wieder in Haft befindlichen Menschenrechtsanwalt Qin Yongpei (覃永沛), der seinen Kampf für die Rechte seiner

²⁸ Frontline, ‘Yu Wensheng Sentenced,’ <https://www.frontlinedefenders.org/en/case/yu-wensheng-detained-and-charged-disrupting-public-service>.

²⁹ Frontline Defenders, ‘New Charges filed against Li Yuhan,’ 27 October 2020, <https://www.frontlinedefenders.org/en/profile/li-yuhan>.

³⁰ Sie kommuniziert z.B. über Twitter: <https://twitter.com/rightslawyerscn>.

³¹ CHR, ‘National Security Crime “Inciting Subversion” Used in Multiple Cases Against Chinese Lawyers/Activists,’ 25 June 2020, <https://www.nchr.org/2020/06/national-security-crime-inciting-subversion-used-in-multiple-cases-against-chinese-lawyers-activists/>.

³² Siehe z.B. CHR, List of Penalized Chinese Citizens for Online Speech about COVID-19, March 2020, <https://www.nchr.org/wp-content/uploads/2020/04/3.30-FINAL-%E5%9B%A0%E8%A8%80%E5%8F%97%E7%BD%9A%E7%BB%9F%E8%AE%A1%E8%A1%A8-CN-EN-2.pdf>.

³³ Siehe einen [Tweet](https://twitter.com/i/status/1325481556119531522) seiner im Exil in den USA befindlichen Frau und einen Videoclip, der dokumentiert, wie die Polizei Besucher ausserhalb seines Wohnungsblocks schikaniert bzw. stoppt <https://twitter.com/i/status/1325481556119531522>).

Kollegen sowie für Umweltgerechtigkeit fortgeführt hatte,³⁴ zu nennen. Sehr wichtig sind neben dem schon genannten Xu Zhiyong auch viele andere Kritiker der Covid-Maßnahmen einschließlich der Anwälte Chen Qiushi (陈秋实)³⁵ und Ding Jiayi (丁家喜). Der derzeit als verschwunden geltende Rechtsanwalt Chang Weiping (常玮平), der insbesondere das Recht auf Nichtdiskriminierung verteidigt hatte und der kurz vor seiner letzten mutmaßlichen Verhaftung über seine Erfahrung von Folter gesprochen hatte, verbleibt in incommunicado-Haft.³⁶ Auch über das Schicksal der drei Menschenrechtsverteidiger, die zur Antidiskriminierungs-NGO Changsha Funeng gehören: Cheng Yuan (程渊), Liu Dazhi (刘大志) and Wu Gejianxiong (吴葛健雄), macht man sich Sorgen – sie waren im Juli 2019 verhaftet worden und sind nach Mitteilung der Behörden an ihre Familien, denen keinerlei Kontakt zu ihnen gestattet worden ist, im September 2020 in nichtöffentlichen Gerichtsverfahren wegen Subversion verurteilt worden.³⁷ Ein weiterer im Moment besonders prekärer Fall ist die Festnahme des Ehepaares Geng Xiaonan (耿潇男) und Qin Zhen (秦真), unabhängige Verleger, die sich für verfolgte und verschwundene Menschenrechtsverteidiger eingesetzt hatten.³⁸ Das Schicksal dieser Menschen ist auch deshalb wichtig, weil die Unterdrückung ihrer Arbeit sich auf viele weitere des Rechtsschutzes Bedürftiger auswirkt.

22. Die Verteidigung der Menschenrechte der ethno-religiösen Minderheiten in Tibet, der Inneren Mongolei und ganz besonders Xinjiang ist äußerst schwer, insbesondere die Verteidigung dieser Rechte durch Angehörige dieser Minderheiten. In der Inneren Mongolei ist es über die Verteidigung des Rechtes auf die eigene Sprache gegen eine verschärfte Assimilationspolitik in den letzten Wochen und Monaten zu Spannungen gekommen.³⁹ Der Fall Tashi Wangchuks, in 2018 wegen seiner Bemühungen um die Förderung des Gebrauchs der tibetischen Sprache strafrechtlich verurteilt, illustriert, dass auch in Tibet derartige Arbeit fast unmöglich gemacht worden ist.⁴⁰ Details der Situation Wangchuks sind uns allerdings teilweise auch deshalb bekannt, weil Beijinger Menschenrechtsanwälte (insbesondere Liang Xiaojun (梁小军) wenigstens noch in der

³⁴ <http://www.jeromecohen.net/jerrys-blog/2020/11/4/case-of-chinese-lawyer-qin-yongpei-submitted-to-seven-un-offices>

³⁵ CHRD, “A Healthy Society Should Not Have Just One Voice” – China Must End Crackdown on Online Speech in Response to COVID-19, 1 April 2020, <https://www.nchrd.org/2020/04/a-healthy-society-should-not-have-just-one-voice-china-must-end-crackdown-on-online-speech-in-response-to-covid-19/> (Dieser Text geht auf diverse weitere Fälle ein.)

³⁶ CHRD, ‘Lawyer Disappeared into RDSL on “Inciting Subversion” Charges, Bail Rejected,’ 5 November 2020, <https://www.nchrd.org/2020/11/briefing-disappeared-human-rights-lawyer-denied-bail-hong-kong-politicians-and-journalists-arrested/>; CHRD, <https://www.nchrd.org/2020/06/national-security-crime-inciting-subversion-used-in-multiple-cases-against-chinese-lawyers-activists/>

³⁷ The Rights Practice et al, ‘An open letter to Chinese officials on the status of the Changsha Funeng 3,’ 9 November 2020, <https://www.rights-practice.org/Handlers/Download.ashx?IDMF=9c61b3a5-fda5-4d5e-82ef-d35ff3ab283e>.

³⁸ Guo Rui, ‘Arrested publisher Geng Xiaonan is paying the price for supporting me, says dissident law professor,’ *SCMP*, 20 October 2020, <https://www.scmp.com/news/china/politics/article/3106337/arrested-publisher-geng-xiaonan-paying-price-supporting-me-says>

³⁹ Linda Lew, ‘Language rules for Inner Mongolia another step to erode ethnic groups in China,’ *SCMP*, September 2020, <https://www.scmp.com/news/china/politics/article/3101186/language-rules-inner-mongolia-another-step-erode-ethnic-groups>.

⁴⁰ 22 May 2018, <https://www.hrw.org/news/2018/05/23/china-activist-convicted-promoting-tibetan-language>

Lage waren, sich dieser Fälle anzunehmen, so wie zwischen 2013 und 2014 auch noch eine minimale, wenn auch vom Parteistaat stark behinderte Strafverteidigung Professor Ilham Tohtis durch Rechtsanwälte einschließlich Li Fangping (李方平) und Liu Xiaoyuan (刘晓原) möglich war. -- Die Verbindungen, die vor der Festnahme Professor Tohtis zwischen der festlandchinesischen Zivilgesellschaft und Akademikern in oder aus der Xinjiang-Region aufgebaut worden waren, soweit mir bekannt, nach der Verhaftung Ilham Tohtis und erst recht seit Beginn der Repressionswelle in Xinjiang abgebrochen, und auch ich habe seit ca. 2016 keine derartigen Kontakte mehr.

23. Im Zeitalter der Globalisierung und veränderter Kommunikationsstrukturen sollte man auch die Rolle der Menschenrechtsverteidiger im Exil bzw. in der ‚Diaspora‘ mitberücksichtigen. Obwohl sie physisch nicht in China sind, ist es ihnen in begrenztem Rahmen möglich, mit internen Menschenrechtsverteidigern zusammenzuarbeiten, und Kontakte zur Zivilgesellschaft im Ausland aufrechtzuerhalten.⁴¹

Hongkong Sonderverwaltungsregion (HKSAR) der VR China

24. Die Ausgangssituation der Zivilgesellschaft in Hongkong war beim Amtsantritt Xi Jinpings noch völlig anders als auf dem Festland. Hongkongs ‚Miniverfassung‘, das HK Grundgesetz, sowie der völkerrechtliche Vertrag zwischen HK und dem Vereinigten Königreich und Hongkongs Verpflichtungen nach den Menschenrechtspakten schützen ein rechtstaatlich, wenn auch nicht vollständig demokratisches Rechtssystem mit Gerichtsbarkeit, einer durch Wahlen bestimmten Gesetzgebung, und Gewaltenteilung; das Grundgesetz stellte auch weitere Demokratisierung in Aussicht. Die Zivilgesellschaft, freie Medien, freie Universitäten und öffentliche Diskussion sind nicht nur für Hongkong selbst wichtig. Die Stadt ist immer schon eine Basis für unabhängige und unzensurierte Auseinandersetzung mit den Problemen des Festlandes gewesen. Demonstrationen gegen illiberale Gesetze in Hongkong (z. B. 2003 – gegen geplantes Gesetz zur nationalen Sicherheit) waren genauso Teil dieser Realität, wie die alljährliche Gedenkveranstaltung zum Massaker

⁴¹ Dies trägt auch zur Teilnahme chinesischer Menschenrechtsverteidiger im Exil an den politischen Auseinandersetzungen ihrer Aufenthaltsländer bei. Zum Beispiel nahm Chen Guangcheng am Wahlkampf Donald Trumps im Oktober 2020 teil, was zu scharfer Kritik durch Dr Teng Biao führte. Herr Chen und Dr Teng hatten beide vor ihrer Ausreise beziehungsweise Flucht (2012 und 2014) unter der Verfolgung als Menschenrechtsverteidiger gelitten.陈光诚：特朗普对国际社会抛弃绥靖政策做出了重大贡献 RFI, 7 September 2020

<https://www.rfi.fr/cn/contenu/20200907-%E9%99%88%E5%85%89%E8%AF%9A-%E7%89%B9%E6%9C%97%E6%99%A%E5%AF%B9%E5%9B%BD%E9%99%85%E7%A4%BE%E4%BC%9A%E6%8A%9B%E5%BC%83%E7%BB%A5%E9%9D%96%E6%94%BF%E7%AD%96%E5%81%9A%E5%87%BA%E4%BA%86%E9%87%8D%E5%A4%A7%E8%B4%A1%E7%8C%AE>, 滕彪：特朗普对中国的强硬是表面的, 8

September 2020,

<https://www.rfi.fr/cn/contenu/20200908-%E6%BB%95%E5%BD%AA-%E7%89%B9%E6%9C%97%E6%99%A%E5%AF%B9%E4%B8%AD%E5%9B%BD%E7%9A%84%E5%BC%BA%E7%A1%AC%E6%98%AF%E8%A1%A8%E9%9D%A2%E7%9A%84>.

des 4. Juni 1989 in Festlandchina. Die Hongkonger Medien lieferten exzellente Berichterstattung über Festlandchina. An den Universitäten Hongkongs konnten Kontakte mit Menschenrechtsverteidigern (einschließlich im Rahmen des von mir bis 2013 geleiteten Centre for Rights and Justice an der Chinese University of Hongkong Faculty of Law) gepflegt werden.

25. In den Jahren unter Xi Jinping, insbesondere seit 2019, hat die Situation der Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidiger in HK sich dramatisch verschlechtert. Nachdem sich abzeichnete, dass die Zentralregierung das Versprechen der weiteren Demokratisierung des Wahlsystems in Hongkong nicht einhalten wurde, kam es seit dem September 2014 zu einer von ‚öffentlichen Intellektuellen‘ ‚Regenschirm-Bewegung‘ einer organisierten Kampagne des zunächst gewaltlosen zivilen Ungehorsams, um das Demokratieversprechen 2014 mit friedlichen Mitteln durchzusetzen. Die anfänglich diszipliniert gewaltlosen Demonstrationen führten aufgrund umstrittener Faktoren zu einigen Ausbrüchen von Gewalt. Dem Scheitern der Regenschirmbewegung folgten nicht nur Strafverfahren und Gefängnisstrafen gegen Mitbegründer der *Occupy Hong Kong with Love and Peace* Bewegung, die Professoren Benny Tai (戴耀廷), Chu yiu-ming (朱耀明) und Chan Kin-Man (陈建民) und junge Unterstützer wie Joshua Wong (黄之锋), sondern auch Versuche, die Kontrolle über Hongkong zu verschärfen – einschließlich des fatalen Gesetzentwurfes zur Legalisierung der Auslieferung von Strafverdächtigen aus Hongkong in den notorischen Strafprozess des Festlandes. Zwei Millionen Hongkonger (ein Viertel der Bevölkerung) demonstrierten im Juni friedlich dagegen. In Reaktion auf die Proteste wandte die Polizei immer wieder exzessive Gewalt an.
26. Diese Entwicklungen führten am 30. Juni 2020 in Hongkong zum Erlass eines ‚Gesetzes zur Wahrung der nationalen Sicherheit in Hongkong‘ durch die Zentralbehörden der Volksrepublik China. Kurz darauf konnte man in Hongkong Bürger mit leeren weißen Blättern anstelle der üblichen politischen Parolen demonstrieren sehen -- ein Symbol für den dramatischen politisch-rechtlichen Wandel aufgrund der neuen Gesetzgebung. Das Gesetz führt allgemein definierte Straftaten der Sezession (Artikel 20), Subversion (Artikel 22), terroristische Aktivitäten (Artikel 24) und ‚Verschwörung mit einem fremden Land oder mit externen Elementen zur Gefährdung der nationalen Sicherheit‘ (Artikel 29) ein. Artikel 29 zum Beispiel bezieht sich auf die Anwendung ‚illegaler Methoden‘ um unter den Bewohnern der Sonderverwaltungsregion Hongkong Hass gegen die zentrale Volksregierung oder die Regierung der HKSAR zu schüren, soweit dies schwerwiegende Folgen haben könnte.‘ Die Bestimmungen des neuen Gesetzes ermöglichen außerdem die Übertragung von Strafsachen auf das Festland, (Artikel 55), für das die Strafprozessordnung der VR China gelten wird (Artikel 57) -- also effektiv die Auslieferung in den zurecht gefürchteten Festland-Strafprozess.
27. Das neue Gesetz verletzt, wenn nicht das Hongkonger Grundgesetz, dann doch zumindest den völkerrechtlichen Vertrag zwischen der VR China und dem Vereinigten

Königreich, da es offenbar den ‚hohen Grad an Autonomie‘ und die Rechtsstaatsgarantien dieses Vertrages untergräbt.⁴²

28. Infolge des neuen Gesetzes ist es nicht klar, ob oder inwieweit internationale Menschenrechts-NGOs in Hongkong weiterhin Chinas systematische Menschenrechtsverletzungen kritisieren, mit ausländischen Organisationen zusammenarbeiten, oder sich gegen Entscheidungen und Praktiken der Regierung von Hongkong aussprechen können. Systematisch erhobene empirische Erkenntnisse über das neue Gesetz stehen noch aus. Aufgrund persönlicher Gespräche ist mein Eindruck, dass Kollegen in der Zivilgesellschaft und im akademischen Bereich sich zunehmend verunsichert, wenn nicht sogar direkt bedroht fühlen. Dies führt einerseits zu Selbstzensur und andererseits zur Aufgabe des Standorts Hongkong. Schon vor dem neuen Gesetz verschlechterte sich das Klima für Mitglieder der Demokratiebewegung und für Menschenrechtsverteidiger in transnationalen NGOs ganz besonders deutlich. Es kam zu vielen Verhaftungen und Strafprozessen sowie zu Drohungen der politischen Gewalt, die einige Organisationen oder Mitarbeiter von Menschenrechts-NGOs veranlassten, Hongkong verlassen.
29. Vorfälle von politischer Gewalt sowie Drohungen mit bzw. Aufrufe zu politischer Gewalt gab es schon vor dem Erlass des neuen Gesetzes, solche Fälle gibt es weiterhin. Zum Beispiel rief der der Zentralregierung zugeneigte Abgeordnete des Hongkonger Parlaments Junius Ho (何君尧) zur ‚gnadenlosen Tötung‘ Benny Tais auf.⁴³ In einem mir bekannten (hier anonymisiert beschriebenen) Fall vor einigen Jahren verließ der Mitarbeiter einer Menschenrechts-NGO die Stadt, nachdem es zu einer individuellen Terrorkampagne gekommen war – zum Beispiel fand der Mitarbeiter eines Abends Glasscherben in seinen Schuhen vor der eigenen Wohnungstüre.
30. Was die Selbstzensur an den Hongkonger Universitäten als eine weiterreichende und schwerer zu erfassende Auswirkung der Maßnahmen gegen einzelne Akademiker wie die Professoren Benny Tai und Chan Kin-Man betrifft, ist es mein Eindruck, dass Kollegen inzwischen wegen Sorge um mögliche Konsequenzen für Forschungsmittelanträge und dergleichen zum Beispiel zögern, über die öffentlichen Medien zu kommunizieren, und konventionelle akademische Publikationen bevorzugen.⁴⁴ Die Ernennung von der KPCh angehörenden Professoren in wichtige

⁴² Siehe Michael C. Davis, *Making China Hong Kong*, Columbia University Press, 2020, zur Abschaffung der Autonomie Hongkongs – Davis argumentiert, dass sowohl das Grundgesetz als auch das neue Gesetz aus Perspektive der VR China einfache Gesetze darstellen. Aus verfassungsrechtlicher Sicht widersprechen dieser Einschätzung Fu Hualing, Johannes Chan etc.

⁴³ 建制派议员何君尧：对港独分子应“杀无赦”，Ming Pao, 19 Sep 2017, available at <http://www.uzaobao.com/bolg/20170919/40112.html>; Ng Kang-Chung, , Junius Ho facing disciplinary hearing by British legal body over remarks suggesting Hongkong independence advocates should be killed ‘mercilessly,’ SCMP 21 Oktober 2020 <https://www.scmp.com/news/hong-kong/politics/article/3106540/junius-ho-facing-disciplinary-hearing-british-legal-body>

⁴⁴ Vivian Wang, ‘As Hongkong Law Goes After ‘Black Sheep,’ Fear Clouds Universities,’ *The New York Times*, 7 November 2020, <https://www.nytimes.com/2020/11/07/world/asia/hong-kong-china-national-security-law-university.html> ; , ‘Profs and loss: National Security Law is killing academic freedom in Hongkong,’ *The Economist*, <https://www.economist.com/china/2020/08/23/china-is-killing-academic-freedom-in-hong-kong>.

Positionen in den Universitätsverwaltungen hat auch Debatten über die Unabhängigkeit dieser Verwaltungen ausgelöst – allerdings ist meiner Ansicht nach dabei nicht die Herkunft oder Parteizugehörigkeit einzelner Personen, sondern die institutionelle Abhängigkeit der Universitäten von der Hongkonger Regierung, die ihrerseits von der Zentralregierung kontrolliert wird, ausschlaggebend.⁴⁵

31. Seit Inkrafttreten des neuen Gesetzes im Juli 2020 ist es auch schon zu diversen problematischen Fällen seiner Anwendung gekommen, die einige der bei seiner Erlassung geäußerten Befürchtungen bestätigen. Zum Beispiel wurde der bekannte Medienunternehmer Jimmy Lai (黎智英), dessen ‚Apple Daily‘ Zeitung regierungskritisch ist, sowie mehrere seiner Mitarbeiter festgenommen und verhört und das Büro der Zeitung durchsucht. Auch Mitorganisatorin der ‚Regenschirmbewegung‘ Agnes Chow Ting (周庭) wurde festgenommen.⁴⁶ Außerdem wurden zwölf Hongkong – Chinesen, denen wegen ihrer politischen Aktivitäten bereits ein Strafverfahren drohte, und die – teilweise unter Verstoß gegen Auflagen der Freilassung auf Kautions -- versuchten, mit einem Boot zu fliehen, festgenommen und nach ihrer Festnahme ins Festland verbracht. Im dortigen Strafprozess wird ihnen der Schutz ihrer Menschenrechte verweigert; zum Beispiel wurden ihre festlandschinesischen Anwälte eingeschüchtert und angewiesen, die Verteidigung dieser Mandanten niederzulegen.⁴⁷ Dies bedeutet, dass man sich Sorgen um ihre Sicherheit vor weiteren Verletzungen und insbesondere vor der Anwendung von Folter machen muss. Während solche Praktiken in Festlandchina bei ‚politischen‘ Prozessen gang und gäbe ist, bedeutet es für Hongkonger eine dramatische Verschlechterung des Rechtsschutzes, die sich ohne Zweifel einschüchternd auf die Zivilgesellschaft auswirkt.
32. Das neue Gesetz hat offenbar auch die Intention, Dissens auf globaler Ebene zu unterdrücken. Artikel 38 sieht vor, dass das Gesetz für alle Personen gilt, die die von ihm definierten Verbrechen begehen, auch wenn sie keinen ständigen Wohnsitz in Hongkong haben und sich außerhalb der HKSAR befinden. In Verbindung mit den Bestimmungen zur Übertragung von Fällen auf das Festland soll diese Extraterritorialitätsbestimmung nicht nur die Reichweite der Strafjustiz in Hongkong in Fragen der nationalen Sicherheit verallgemeinern, sondern durch die Artikel 55 bis 60 auch eine Verbindung zur Strafjustiz auf dem Festland herstellen.⁴⁸ Dies wurde durch den Haftbefehl gegen den Demokratieaktivisten in Hongkong unterstützt Samuel

<https://www.voachinese.com/a/Academic-Freedom-Threatened-By-National-Security-Law-In-HK-20200730/5523521.html>

⁴⁵ Selina Cheng, ‚University of Hongkong appoints mainland professors as vice-presidents amid concerns over academic freedom,‘ *Hongkong Free Press*, 28 October 2020; Cheung and Petersen. Hai Yan, 戴耀廷遭港大解雇 香港学术自由走向终结? 30 July 2020,

<https://www.voachinese.com/a/Academic-Freedom-Threatened-By-National-Security-Law-In-HK-20200730/5523521.html>.

⁴⁶ Diese Vorfälle werden z.B. in Michael C Davis, *Making China Hong Kong*, Columbia University Press, 2020 beschrieben.

⁴⁷ Rachel Wong, ‚Lawyers for fugitive Hongkongers detained in China ordered to drop case,‘ *Hongkong Free Press*, 28 October 2020, <https://hongkongfp.com/2020/10/28/lawyers-for-fugitive-hongkongers-detained-in-china-ordered-to-drop-case/>.

⁴⁸ Wie in diesem China Global Television Network erläutert: <https://twitter.com/i/status/1284447825804185606>.

Chu, ein US-Bürger, illustriert.⁴⁹ (Teilweise als Reaktion auf diese Bestimmung haben mehrere Länder, darunter Australien, Kanada, Deutschland und das Vereinigte Königreich, die Auslieferung oder funktional ähnliche Verträge mit Hongkong ausgesetzt). Das Gesetz wird jedoch nicht nur aufgrund von Artikel 38 globale Auswirkungen haben sondern auch weil es -- ähnlich wie auf dem Festland -- unter transnationalen NGOs usw. zu Sorge um lokale Hongkonger Mitarbeiter und Projektpartner im Zuge der allgemein repressiveren Situation kommt. Diese Ängste sind charakteristisch für repressive Gesellschaften und für ‚transnationale Repression.‘ Die wichtigste transnationale Wirkung des neuen Gesetzes ist daher nicht das direkte Risiko einer Gefährdung durch das Strafverfahren in Hongkong oder auf dem chinesischen Festland, sondern das indirekte Risiko der Selbstzensur infolge des neuen Gesetzes.

33. Berichte über die angebliche Unterstützung des Gesetzes durch „über siebenzig“ Länder bei den Vereinten Nationen durch das China Global Television Network und andere vom Parteistaat kontrollierte Medien belegen nicht nur die Bedeutung, die der chinesische Parteistaat der Pflege seines globalen Image beimisst, sondern weisen auch darauf hin, dass die chinesische Regierung hier, wie auch in anderen Bereichen in der Lage ist, ihren geopolitischen Einfluss zu nutzen.⁵⁰
34. Der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses in Beijing gab durch einen Beschluss am 11. November 2020 der Hongkonger Regierung die Macht, die Mitgliedschaft gewählter Volksvertreter im LegCo (Parlament) zu terminieren, die für die Unabhängigkeit Hongkongs eingetreten sind oder für ‚Intervention‘ ausländischer Mächte in die Angelegenheiten Hongkongs ersuchen oder in anderer Weise die Staatssicherheit gefährden.⁵¹ Daraufhin terminierte die Hongkonger Regierung vier dem demokratischen Flügel zugehörigen gewählte Parlamentarier, was zum Austritt der restlichen Mitglieder des demokratischen Flügels führte.⁵² Dies ist ein schwerer

⁴⁹ Helen Regan and Angus Watson, Hong Kong issues arrest warrants for six overseas democracy activists including US citizen, state media reports, *CNN*, 1 August 2020, <https://edition.cnn.com/2020/08/01/china/hong-kong-activists-arrest-warrant-intl-hnk/index.html>.

⁵⁰ <https://www.youtube.com/watch?v=8DNAzNBwAko>.

⁵¹ NPC decision (受权发布) 全国人民代表大会常务委员会关于香港特别行政区立法会议员资格问题的决定 http://www.xinhuanet.com/politics/2020-11/11/c_1126725802.htm; HK Gov “statement” 特區政府根據全國人大常委會就香港特區立法會議員資格問題所作出決定而宣布喪失立法會議員資格的人

士 <https://www.info.gov.hk/gia/general/202011/11/P2020111100437.htm>. Nichtoffizielle Uebersetzung der NPCSC Entscheidung: ‘1. Members of the Legislative Council of the Hong Kong Special Administrative Region who, by advocating or supporting the independence of Hong Kong, refusing to recognize that the State owns and exercises sovereignty over Hong Kong, seeking intervention in the affairs of the Region by foreign powers or forces outside the Region, or engaging in other acts that endanger national security, do not meet the legal requirements of upholding the Basic Law of the Hong Kong Special Administrative Region of the People’s Republic of China and of owing allegiance to the Hong Kong Special Administrative Region of the People’s Republic of China. Once recognized in accordance with the law, they would immediately lose the qualifications of the legislative council member. 2. This decision applies to members of the sixth legislative council who were ruled invalid by the Hong Kong Special Administrative Region in accordance with the law during the nomination period for the seventh legislative council election of the Hong Kong Special Administrative Region originally scheduled to be held on September 6, 2020. Diese nichtoffizielle Uebersetzung wurde durch den Hong Kong Democracy Council erstellt -- <https://hkdc.us/> .

⁵² Rhoda Kwan, , ‘Death sentence’ for Hong Kong democracy: NGOs, activists & gov’ts react as democrats unseated from legislature,’ *HKFP*, 12 November 2020,

Schlag für die Hongkonger Demokratie, der ohne Zweifel eine weitere Verschlechterung der Recht- und politischen Lage der Zivilgesellschaft in Hongkong mit sich bringen kann.

Welches Bild von Völkerrecht und Menschenrechten proklamiert die chinesische Regierung auf regionaler und internationaler Ebene, welche multilateralen Foren nutzt die chinesische Regierung zur Fortentwicklung und Verbreitung dieser Ansichten und welche Rolle spielt dabei die derzeitige Krise des Multilateralismus? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

35. Das Bild von Völkerrecht und Menschenrechten der VR China ist genau wie auch das allgemeine Rechtsverständnis unter Xi Jinping illiberaler geworden. Die Rechtsvorstellungen der Reformära waren noch von Grundrechten und Einschränkung der öffentlichen Gewalt geprägt. Unter Xi Jinping geht es stattdessen um die Konzentration der Parteimacht; das Recht dient der Projektion dieser Macht.
36. Der dem durch den Parteistaat proklamierten Bild vom Völkerrecht und den Menschenrechten zugrundeliegende Rechtsbegriff beruht meiner Ansicht nach genau wie auch im Inland auf dem Primat der Partei, oder auf der Unterordnung des Rechtes unter die politische Entscheidungsmacht der Partei.
37. Der Parteistaat unter Xi Jinping hat es sich auch zur Aufgabe gemacht, das Völkerrecht umzugestalten. Im Zuge von Xi Jinpings Belt and Road Initiative werden die ‚Mission‘ der Partei, die Verjüngung der chinesischen Nation anzustreben und Verantwortung für die ‚gemeinsame Zukunft der Menschheit‘ zu übernehmen, diskutiert.⁵³ Präsident Xi erklärte in einer Veröffentlichung vom April 2019: ‚China muss in die Welt hinausziehen und sich als verantwortungsbewusstes großes Land an internationalen Angelegenheiten beteiligen.... Da sich das globale Governance-System in einer kritischen Phase der Anpassung und des Wandels befindet, müssen wir uns aktiv an der Formulierung internationaler Regeln beteiligen und am Prozess der Reform der Global Governance teilnehmen, sie befördern und lenken.‘⁵⁴
38. Allerdings besteht China auf internationaler Ebene einerseits auf einer sehr starken Konzeption von Souveränität (teilweise wird dies als ‚sovereignism‘ beschrieben),⁵⁵ aufgrund derer ‚Einmischung‘ in die als interne Angelegenheit angesehenen Menschenrechtslage abgelehnt wird. Da sich andererseits scheint der Parteistaat sich im Zuge seiner wachsenden Weltmacht auch klare Verantwortung für die ‚gemeinsame Zukunft der Menschheit‘ zuschreibt, kann es zu Spannungen innerhalb des Völkerrechtsbegriffes kommen. Es ist daher vielleicht nicht völlig überraschend, dass

<https://hongkongfp.com/2020/11/12/death-sentence-for-hong-kong-democracy-ngos-activists-govts-react-as-democrats-unseated-from-legislature/>.

⁵³ Tian Feilong 田飞龙, 修宪确立中国宪法新秩序[The constitutional revision affirms China’s New Legal Order], 31 March 2018, <http://blog.dwnews.com/post-1013159.html>.

⁵⁴ Xi Jinping (习近平), ‘加强党对全面依法治国的领导 [Strengthening the Party’s leadership of comprehensive rule of the country in accordance with law],’ *Qiushi Magazine*, 15 February 2019, http://www.qstheory.cn/dukan/qs/2019-02/15/c_1124114454.htm.

⁵⁵ Sebastian Veg, ‘The Rise of China’s Statist Intellectuals: Law, Sovereignty, and “Repoliticization”,’ *The China Journal* 82 (July 2019) 23-45.

dem Parteistaat nahestehende Akademiker wie Professor Jiang Shigong mit der Überlegung spielen, dass China das internationale System souveräner Staaten zurückweisen und die Idee eines Reiches – einer Weltmacht mit transnationalem Einflussbereich – wiederbeleben sollte.⁵⁶ Eine explizite Zurückweisung der Idee nationaler Souveränität lässt sich in den Verlautbarungen des Parteistaates aber nicht finden.

39. Chinas Einfluss auf internationale Foren und Organisationen wie die UN ist viel diskutiert worden; China spielt in diversen UN-Foren einschließlich des Sicherheitsrates, des Human Rights Council, der World Health Organisation, UNESCO, usw. bekanntlich eine sehr bedeutende Rolle.
40. Die chinesische Regierung hat konsequent versucht, seine Rolle insbesondere in den Menschenrechtsforen der UN sowie auch durch die Belt and Road Initiative (BRI) und Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) zu nutzen, um ein vom 'Recht auf Entwicklung' dominiertes Menschenrechtsverständnis zu propagieren.
41. Dabei wird häufig das Argument zum Einsatz gebracht, dass China durch seine großen Erfolge bei der Armutsbekämpfung durch wirtschaftliche Entwicklung des Landes einen großen Beitrag zum Schutz der Menschenrechte geleistet habe, um Kritik an den Menschenrechtsverletzungen der Regierung zurückzuweisen. Während die Reduzierung der Armut offensichtlich ein wichtiger Erfolg war, kann man sie aber aus meiner Sicht nicht simplizistisch als Erfolg für sozioökonomische Rechte darstellen, solange es unmöglich bleibt, sozioökonomische Individualrechte gegen Eingriffe des Staates zu verteidigen – und dies wird, wie schon erwähnt, in vielen Fällen wie dem gewaltsamen Häuserabbruch, der Verteidigung der Arbeiterrechte usw. systematisch und manchmal mit brutalen Mitteln verhindert. In seiner Insistenz auf den Vorrang des Rechtes auf Entwicklung und den Narrativen der Armutsbekämpfung verkennt der Parteistaat die Unteilbarkeit und Interdependenz aller Menschenrechte.⁵⁷
42. Zum Beispiel im Zusammenhang mit der und durch die Shanghai Cooperation Organisation⁵⁸ hat der chinesische Parteistaat außerdem ein Rechtsverständnis propagiert, bei dem nicht nur die Terrorismusbekämpfung, sondern auch die Bekämpfung von ‚Separatismus‘ und ‚Extremismus‘ zur ‚Rechtfertigung‘ für erhebliche Einschränkungen von Menschenrechten, einschließlich der politischen und Bürgerrechte und insbesondere der Meinungsfreiheit und Religions- oder Glaubensfreiheit, angeführt werden. Ginsburg hat argumentiert, dass dies ein Teil der Bemühungen sei, einen autoritären Begriff des Völkerrechtes zu propagieren.⁵⁹

⁵⁶ Jiang Shigong (强世功), 超大型政治实体的内在逻辑: “帝国”与世界秩序 [The inner logic of political mega-entities: „empire“ and the world order], 文化纵横/ *Beijing Cultural Review*, April 2019, <http://www.21bcr.com/chaodaxingzhengzhishitideneizailuojidiguoyushijiezhixu/>. It seems that China, on this interpretation, can be viewed as a civilizational empire.

⁵⁷ Philip Alston, ‘Report of the Special Rapporteur on extreme poverty and human rights on his mission to China,’ United Nations Human Rights Office of the High Commissioner, https://ap.ohchr.org/documents/dpage_e.aspx?si=A/HRC/35/26/Add.2 ; Eva Pils, *Human Rights in China*, ch. 5.

⁵⁸ Die Webseite der Organisation ist <http://eng.sectesco.org/>.

⁵⁹ Tom Ginsburg, ‘Authoritarian International Law?’, *American Journal of International Law* 114 (2020) 221-260.

43. Ein weiteres Bestreben des Parteistaates ist, die Nutzung des Völkerrechts und insbesondere der UN-basierten Menschenrechtsinstrumente mit dem Ziel der Rechenschaft für Chinas Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Dieses Ziel kann dauerhaft nur erreicht werden, wenn die betreffenden Mechanismen so manipuliert, ausgehöhlt oder umgewandelt werden, dass die Welt aus völkerrechtlicher Perspektive ‚für Autokraten sicher‘ gemacht wird; das heißt, dass es nicht nur darum gehen kann, zu verhindern, dass China, sondern auch dass andere Länder zur Rechenschaft gezogen werden – als Beispiel könnte die Unterbindung von Aktionen gegen Myanmar wegen des Genozids an den Rohingya genannt werden.⁶⁰ Forscherinnen wie Sophie Richardson (Human Rights Watch) haben im Detail dargelegt, wie China dieses Ziel verfolgt hat.⁶¹
44. Das Ziel der Unterbindung von Rechenschaftsmechanismen wird aus der Perspektive der Regierung umso wichtiger, je schwerer Chinas Verstöße gegen die Menschenrechte und das Völkerrecht sind; dabei kommt wegen der mutmaßlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Xinjiang und die Sorge um einen möglichen Völkermord zunehmend auch das Völkerstrafrecht in den Blickpunkt.
45. Ein von Richardson dargelegtes Beispiel ist der durch 50 Menschenrechtsexperten der UN empfohlene Einrichtung eines die Einberufung einer Sondersitzung zu China, die Schaffung eines engagierten Experten für China und die Aufforderung an die UN und Regierungen der Mitgliedsstaaten, China auf Einhaltung seiner Menschenrechtsverpflichtungen zu drängen. Wie Richardson im September 2020 schreibt, bleibt es ‚abzuwarten, ob und wie der Generalsekretär der UN, der Hohe Kommissar für Menschenrechte und der Menschenrechtsrat darauf reagieren werden.‘⁶² Im selben Zusammenhang sollte natürlich auch erwähnt werden, dass China im Oktober 2020 wieder Mitglied des Menschenrechtsrates geworden ist, wenngleich mit verminderter Unterstützung.⁶³
46. Der Versuch, auch das Verständnis der Substanz internationaler Rechtsnormen umzugestalten, ist im Kontext der Menschenrechte besonders ausgeprägt. Als konkretes Beispiel dafür kann man die ‚Beijing Erklärung‘ zu den Menschenrechten vom Dezember 2017 anführen, die auf dem ‚Recht‘ der Staaten (sic) besteht, ihr eigenes politisches System zu gestalten, in dem die Meinungsfreiheit als Grundrecht gar nicht erwähnt wird, und das die so genannte „Politisierung“ von Menschenrechtsfragen ablehnt.⁶⁴ In der hier konzipierten Welt bleibt die Verwirklichung von Menschenrechtszielen der ‚souveränen‘ Entscheidung der Nationalstaaten überlassen, die weder dem Zwang internationaler Rechtsnormen unterliegt, noch der Kritik durch die transnationale Zivilgesellschaft -- es ist eine Welt der „Menschenrechte“ ohne

⁶⁰ ‘UN fails to take action on order against Myanmar on Rohingya,’ Al Jazeera, February 4, 2020, <https://www.aljazeera.com/news/2020/02/fails-action-order-myanmar-rohingyas-200205020402316.html>.

⁶¹ Sophie Richardson, ‘China’s Influence on the Global Human Rights System,’ *Brookings*, September 2020, <https://www.hrw.org/news/2020/09/14/chinas-influence-global-human-rights-system>.

⁶² *Ibid.*

⁶³ Mary Hui, ‘China’s election to the UN Human Rights Council revealed its shaky global status,’ *Quartz*, 14 October 2020, <https://qz.com/1917295/china-elected-to-un-rights-council-but-with-lowest-support-ever/>.

⁶⁴ Xinhua Net (2017), ‘首届“南南人权论坛”《北京宣言》(First South-South human rights dialogue “Beijing Declaration”),’ 8 December, http://www.xinhuanet.com/politics/2017-12/08/c_1122081753.htm; Chinese Mission to the United Nations Office at Geneva (2018), ‘Win-Win Cooperation for the Common Cause of Human Rights’, 1 March 2018 at www.china-un.ch/chn/dbtzyhd/t1538411.htm.

Menschenrechtsverteidigung.⁶⁵ Ähnliche Versuche wurden zum Beispiel auf der Ebene des Menschenrechtsrat durch zwei Resolutionen zur ‚für beide Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit‘ oder ‚Win-Win-Zusammenarbeit‘ von 2018 und 2020 unternommen. Obwohl in beiden Fällen die am Ende beschlossene Resolution revidiert wurden, enthält zum Beispiel die Resolution von 2020 auch eine Passage in der ein neues Recht behauptet wird: das ‚inalienable right to choose freely and develop, in accordance with the sovereign will of its people, its own political, social, economic and cultural systems, without interference from any other State or non-State actor.‘⁶⁶ Sehr klar kommt hier nicht nur das Bestreben zum Ausdruck, eine Art völkerrechtlicher Bestätigung zu bekommen, dass Autokratie (die natürlich ganz leicht behaupten kann, auf dem ‚souveränen Volkswillen‘ zu beruhen) völkerrechtlich akzeptabel ist.⁶⁷ Es wird auch der Versuch deutlich, durch den vagen Begriff *interference* (Eingriff) zu suggerieren, dass die u.a. von der Zivilgesellschaft (‚non-state actors‘) gemeinhin (und prinzipiell gegenüber allen Staaten) geübte Kritik an Menschenrechtsverletzungen völkerrechtswidrig sei. Obwohl besonders dieser letzte Punkt unsinnig wäre, muss man befürchten, dass er zum Versuch der De-Legitimierung der transnationalen Zivilgesellschaft beitragen wird.

47. Angesichts dieser Versuche, die Menschenrechte umzudeuten und aus Sicht repressiver Staaten sozusagen ‚unschädlich‘ zu machen, sollte man der Idee, dass der chinesische Parteistaat zu einem neuen Hüter des Multilateralismus geworden ist, mit großer Skepsis entgentreten. Der Multilateralismus, den der chinesische Parteistaat im Sinn hat, ist offenbar leider auf den ‚beidseitig‘ oder multilateral ‚vorteilhaften‘ Dialog unter den Regierungen von Mitgliedsstaaten bzw. die Lenkung internationaler Organisationen (wie der UN) durch Regierungen bezogen – nicht auf das Funktionieren völkerrechtlicher Organisationen mit dem Mandat, die Menschenrechte und andere grundlegende Prinzipien eines freiheitlich konzipierten Völkerrechtes aufrechtzuerhalten.
48. Derartige Bemühungen werden durch diverse GONGOs wie die schon genannte Society for Human Rights Studies unterstützt, die zum Beispiel Veranstaltungen zur Propagierung einer ‚korrekten‘ Sichtweise auf die Praktiken in Xinjiang organisiert.⁶⁸ Auch das Außenministerium und die Regierungssprecher tragen zu diesen Anstrengungen bei, zum Beispiel durch Denunzierung der China kritisierenden Menschenrechts-NGOs und Akademiker, deren Arbeit t.w. mithilfe falscher Behauptungen als unseriös dargestellt wird.⁶⁹
49. Wie Worden und andere Forscher und Menschenrechts-NGOs belegt haben, hat China diese UN-Foren auch genutzt, um auf andere UN-Mitgliedstaaten mit verschiedenen Mitteln Einfluss zu üben, besonders (aber nicht nur) im Zusammenhang mit Chinas

⁶⁵ Richardson nennt dies sehr prägnant ‚rights-free development.‘ *Ibid.*

⁶⁶ Richardson, *ibid.*

⁶⁷ Hierzu gibt es auch divergierende *bona fide* Ansichten, da einerseits ‚ideologischer Pluralismus‘ des Völkerrechts angenommen wird, andererseits aber klar ist, dass Kernmenschenrechte wie Meinungsfreiheit nicht mit Autokratie kompatibel sind.

⁶⁸ ‚China holds webinar on Xinjiang’s population and human rights to rebut smears,‘ 15 October 2020, http://www.chinahumanrights.org/html/2020/TRENDS_1015/15683.html.

⁶⁹ ZB\ https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/xwfw_665399/s2510_665401/t1799871.shtml; <https://twitter.com/AmbLiuXiaoMing/status/1289840592957177856> (Pressekonferenz vom 2. August 2020)

eigenen Menschenrechtsverletzungen.⁷⁰ Zum Beispiel gelang es China letztes Jahr, diverse Regierungen zu Lob und Zustimmung für Chinas Regierung, einschließlich selbst der Praktiken in Xinjiang, zu bewegen.⁷¹ Allerdings gibt es nach wie vor Bestrebungen, öffentliche internationale Kritik an den Menschenrechtsverletzungen zu üben.⁷²

50. Offensichtlich kamen den Bestrebungen, völkerrechtliche Prinzipien zu untergraben, die Krise des Multilateralismus z.B. infolge der Abwendung der USA unter Präsident Trump von völkerrechtlichen Einrichtungen, insbesondere auch dem Menschenrechtsrat, zugute. Sie erlaubten es der chinesischen Regierung, sich als eine Art Protagonist für Multilateralismus darzustellen, dabei aber – wie hier argumentiert – die Prinzipien des Völkerrechtes zu untergraben. Es bleibt abzuwarten, ob unter einer anderen US-Regierung der Krise des Multilateralismus erfolgreicher Einhalt geboten werden kann.

⁷⁰ Andrea Worden, “China’s win-win at the UN Human Rights Council: Just not for human rights,” Sinopsis, May 28, 2020, <https://sinopsis.cz/en/worden-win-win/>.

⁷¹ Manchen Medienberichten zufolge drueckten viele Länder ihre Zustimmung zu China aus: ‘Ambassadors of 50 countries applaud China’s treatment of Uighur Muslims in Xinjiang,’ *The Policy Times*, 29 July 2019, <https://thepolicytimes.com/ambassadors-of-50-countries-applaud-chinas-treatment-of-uighur-muslims-in-xinjiang/>; Human Rights Watch, ‘China: Muslim-Majority States Whitewash Abuses,’ <https://www.hrw.org/news/2019/07/17/china-muslim-majority-states-whitewash-abuses>.

⁷² Z.B. ‘Joint statement given by Germany on behalf of 39 countries at the UN General Assembly Third Committee,’ 6 October 2020, <https://www.gov.uk/government/speeches/joint-statement-on-the-human-rights-situation-in-xinjiang-and-recent-developments-in-hong-kong>.